

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1-2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 70

12. Dezember 1919

כ' כסלו תר"ף

Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Konferenz Weizmanns mit Allenby.

„Jewish Times“ erfährt aus sicherer Quelle, daß Prof. Weizmann sich aus Palästina nach Kairo begeben hat, wo er eine wichtige Unterredung mit dem englischen Oberkommandierenden, Feldmarschall Allenby, hatte. Man hofft und erwartet, daß diese Unterredung günstige Resultate zeitigen wird.

Die Allweltliche Misrachikonferenz in der Schweiz.

In Bestätigung unserer in No. 69 gebrachten Mitteilung wird uns von der Misrachi-Landesorganisation der Schweiz mitgeteilt, daß sie mit den Vorarbeiten für die Allweltliche Misrachikonferenz, die am 14. Januar 1920 in der Schweiz stattfindet, betraut worden ist. Der Ort, Zürich oder Basel, wird in den nächsten Tagen bestimmt werden. Bisher sind bereits Delegierte aus Palästina, England, Amerika, Polen und Deutschland angemeldet.

Geplanter Kongress zionistischer Studenten.

Der Kartell der akademisch-zionistischen Vereine „Hechawer“ in der Schweiz beabsichtigt während der Jahreskonferenz der zion. Organisation in Basel im Januar 1920 eine Besprechung der dort anwesenden Akademiker und Studenten abzuhalten, um über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Einberufung eines allgemeinen Kongresses zion. Studenten zu beraten. Der „Hechawer“ ersucht daher seine Freunde in allen Ländern, den nach Basel sich begebenden Delegierten Instruktionen, die sich auf diese Frage beziehen, mitzugeben und die Namen der Vertrauensleute seiner Kollegen an den Kartell „Hechawer“ p. A. M. Eisenstadt, Zürich, Kullmannstrasse 31, einzusenden.

Joseph Cowen über die gegenwärtige zion. Politik.

Der Londoner Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet: Auf der Versammlung der West Zionist Association, die am 2. Dezember 1919 in Langford Place, London, stattfand, hielt Joseph Cowen eine Rede über die „Gegenwärtige Zionistische Politik“. Cowen richtete eine scharfe Kritik gegen die Politik der führenden Zionisten. Vor allen Dingen griff er den Mangel an Offenheit an, der die Gefahr der Geheimdiplomatie in sich berge. Er hoffe, daß die Zionisten noch vor der Basler Konferenz besser informiert würden, damit sie die Gegenstände unter sich diskutieren könnten und die Basler Konferenz nicht einseitig ausfalle. Der Zionismus, führte Cowen aus, sei seit 1913 innerlich nicht

erstarkt. Er vermisse Männer, die nicht fehlen dürften, wie Bentwich, Gaster, Greenberg und Zangwill. Auch in den Augen der Welt wären die Zionisten seiner Meinung nach nicht so stark wie vor zwei Jahren, zur Zeit der Deklaration. Damals sagte Lord Robert Cecil, daß Armenien den Armeniern, Arabien den Arabern und Judäa den Juden gehören solle. Das wurde von der Bevölkerung dieses Landes dahin aufgefaßt, daß ein souveräner Staat für die Juden in Palästina geschaffen werden würde. Er persönlich verlange keinen unabhängigen Staat, aber es bestände doch ein ungeheurer Unterschied zwischen einem jüd. Staate und einem kraftlosen Mandate, unter dem man vollständig von der Gnade Englands abhängig sei. Die öffentliche Meinung sei den Zionisten nicht mehr so günstig, wie vor zwei Jahren, und dies wirke auf die Regierung zurück. Er wüßte, daß das Bündnis mit England die einzig richtige Politik sei, jedoch wäre mehr Offenheit gegen diejenigen, die man als seine Alliierten ansehe, am Platze. Das Mandat müßte besser definiert und begrenzt werden. Das einzige, was man von der Regierung erreicht hätte, sei die Deklaration, und dies sei eine Deklaration des Kompromisses, durch welches die englische Regierung die Zionisten sowohl als auch die Antizionisten zufriedenstellen wollte. In den Staatswörterbüchern ist so etwas wie ein „Nationales Heim“ unbekannt. Dies ist ein unbestimmtes poetisches Wort, das wohl vor 20 Jahren genügt hätte. Was man brauche, sei eine feste Abmachung, sonst könnte ein neuer Pharo kommen „der den Joseph nicht kannte“ und die Zionisten würden wie Shylock die Erlaubnis erhalten, ihr Pfund Fleisch zu nehmen, jedoch ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Man wolle das Recht haben, sagen wir nach 25 Jahren, Freiheit und Unabhängigkeit zu verlangen. Nationen sind ein komplizierter Organismus und es könnte sein, daß England, wenn die Zeit gekommen ist, in der Lage wäre, unsere rechtmäßigen Forderungen abzuschlagen. Man solle offen gegen die englische Regierung sein wie auch gegen die Araber. Nur so wären gute Beziehungen mit diesen möglich. Die Araber werden Arabien erhalten und große Gebiete wurden ihnen für ihr nationales Heim versprochen, jedoch müßten sie sich klar sein, daß diejenigen, die in Palästina blieben, ihrer Nationalität nach Juden sein würden.

Eine andere Frage die der Aufklärung bedürfe, sei die Stellung gegenüber den Juden des östlichen Europas, die zu Tausenden darauf warteten, nach Palästina zu gehen. Ist ihnen erklärt worden, daß in

den nächsten Jahren Palästina nur eine geringe Anzahl Menschen aufnehmen kann? Ihm sei gesagt worden, daß ein beratendes Komitee geschaffen worden wäre. Wozu? Warum leben wir in der ägyptischen Finsternis? Die Zionisten müßten vereint an die Führer herantreten, und Einzelheiten über diese Sache verlangen. Er wäre zufrieden, wenn er den Ball ins Rollen gebracht hätte.

Die Opponenten, unter denen sich auch Leo Hermann befand, führten aus, daß von Geheimdiplomatie keine Rede sein könne, daß man mit den gegebenen Umständen rechnen müsse und diese erlauben nicht die Gründung eines autonomen Staates; wenn die jüd. Nation politisch reif sein würde, wofür gerade ihre Abhängigkeit vom britischen Staate bürge, würde sie auch die Autonomie erlangen. Die Zionisten hätten ihre Aufgabe zunächst darin zu erblicken, die Minorität in Palästina in eine Majorität zu verwandeln. Was die Konferenz in Basel betreffe, so würden auf ihr alle Richtungen der zionistischen Idee vertreten sein, und wegen der Auswanderung, wäre in der polnischen Presse genügend geschrieben worden, um die Leute zu orientieren. Schließlich müßten Vorwürfe eher gegen die zion. Organisationen als gegen die Führer gerichtet werden, weil diese nicht die notwendigen Mittel für die vorbereitende Arbeit aufgebracht hätten.

Cowen antwortete, daß der Wortlaut des Mandates auf der Londoner Konferenz nicht diskutiert worden wäre. Er wüßte wohl, daß einige britische Kolonien Selbständigkeit erhalten hätten, aber er dachte auch an Ägypten und Irland. Er behauptete, daß man nicht versucht hätte, die nötigen Bedingungen zu schaffen. Jede Abmachung mit der Regierung würde — wenn veröffentlicht — einen großen Eindruck auf die Araber machen. Man habe von der Regierung nicht freie Hand erhalten. So konnte die „Haboneh“ Company ihre Registrierung in England nur erlangen, als sie eine Bürgschaft gab, daß 50% ihrer Ausgaben im Lande verbleiben würden. Dies ist ein schändliches Verlangen und es ist schändlich, daß es erfüllt werden mußte. Die öffentliche Meinung müsse tätiger beeinflußt werden als bisher.

Der Pogrom in Kiew.

Das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris meldet unterm 6. Dez.: Man berichtet uns aus Konstantinopel aus vollständig sicherer Quelle, daß ein furchtbarer Pogrom vom 14.—18. Oktober in Kiew stattgefunden hat (s. „J.P.Z.“ No. 68 v. 28. Nov.). Die Massaker wurden von der offiziösen antisemitischen Presse provoziert, besonders von den Zeitungen, die von dem berühmten Politiker *Schulgin* herausgegeben werden. Ausgeführt wurden sie von den Freiwilligen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht endgültig festgestellt. Nach verschiedenen Meldungen von Zeitungen und Augenzeugen soll es Tausende von Toten gegeben haben, auf jeden Fall steht schon jetzt fest, daß *einige hundert Juden umkamen*.

Die Zahl der durch Säbelhiebe und Bajonette Umgebrachten ist erschreckend. Die Klasse der jüdischen Intellektuellen ist dezimiert. Jede Welle der Megele dauerte eine halbe Stunde. Dann hallte die Stadt von durchdringendem Geschrei wieder, wie während eines Erdbebens. Die Henker erlaubten den Juden, die Todesart zu wählen und dasjenige Glied zu bezeichnen,

das zuerst amputiert werden sollte. Eine grosse Anzahl Frauen und junger Mädchen, die sich an die Stadtbehörden um Schutz und Hilfe wandten, wurde brutal verjagt. Sie flüchteten in ihre Häuser und stürzten sich aus den Fenstern, um nicht in die Hände der Pogromhelden zu fallen.

Der Pogrom in Kiew wird von einer grossen Anzahl russischer Zeitungen bestätigt, die der Zensur Denikins unterstehen. Der „Priasowsky Kraj“, der in Rostow a/Don, dem Sitz der Zentralregierung Denikins erscheint, gibt folgende Einzelheiten über den Pogrom: „Die jüdische Gemeinde von Kiew ist einzig damit beschäftigt, die Hilfe zu organisieren. Die Zahl der Opfer ist so groß, daß es fast unmöglich ist, den ausgehungerten und der Kleidung und des Obdaches beraubten Menschen Hilfe zu bringen. In dem Viertel von Podol allein sind 14700 jüdische Opfer der Plünderung während des Pogroms registriert, in dem Marktviertel 3000; die Lage all dieser Unglücklichen verschlimmert sich von Tag zu Tag, da der Winter sehr streng ist.“

Dem „Sowremennoje“ zufolge, der der Militärzensur untersteht, haben ausserdem in folgenden, im Umkreis von Kiew gelegenen Ortschaften Pogrome stattgefunden: Borispol, Grebenka, Smiello, Korsun, Germanowka, Tscherkassy, Makarow, Gorodischtsche, Schiblennoje, Korito, Dymmer, Stepanzy, Ignatowka, Tripolie, Rossowo, Motowiloska.

Wilhelm Wundt zur Frage des Religionsunterrichts.

Der Nestor der deutschen Philosophen, Wilhelm Wundt, hat auf Ansuchen der Redaktion der „Freien Jüdischen Lehrerstimme“ Wien, über seine Stellungnahme zur Frage der Abschaffung des Religionsunterrichts, in einem Schreiben geantwortet, in dem es u. a. heisst:

Der verbreitete Ruf nach Abschaffung des Religionsunterrichts in der Schule verbirgt unter diesem Namen nach meiner Meinung eine der größten Kulturbarbereien der Gegenwart. Vom Standpunkte der heutigen Wissenschaft aus betrachtet, kann die biblische Geschichte und der in ihr überlieferte religiöse Gehalt durch nichts anderes und am allerwenigsten durch einen aus irgendwelchen anderen Quellen zusammengelesenen sog. Moralunterricht ersetzt werden. Das Kind und der naive Mensch bedürfen irgend einer Form, in der ihnen die allgemeine Geschichte der Menschheit und ihr moralischer Gehalt überliefert wird. Ich möchte aber z. B. diejenigen, die die Bibel aus der Schule verbannen wollen, fragen, ob sie einen passenden Ersatz für den durch ihre wunderbare Einfachheit ebenso wie durch ihren unaufdringlichen religiösen Hintergrund ausgezeichnete biblische Schöpfungsgeschichte finden wollen? Der griechische, der germanische oder irgend ein anderer Schöpfungsmythus, der mir bei meinem auf diese Frage gerichteten Studium begegnet ist, würde nach meiner Ueberzeugung völlig ungenügend sein. Soll darum etwa dem Kinde oder dem naiven Naturmenschen ein Kompendium moderner Urgeschichte als Ersatz geboten werden? Genau so wie mit der Frage der Entstehung der Welt verhält es sich aber mit der ältesten Geschichte der Menschheit. Ein Vakuum statt ihrer zu lassen, ist unmöglich, die Wirklichkeit an die Stelle zu setzen, ist aber ebenso unmöglich. In der Urgeschichte der biblischen Ueberlieferung hat aber diese älteste Geschichte der Menschheit gerade diejenige Form angenommen, die noch heute für das naive Be-

wußtsein die am meisten adäquate ist, in der sie außerdem trotz mancher Widersprüche mehr als irgend eine andere für eine kindliche, zugleich nach einer allgemeinen religiösen Grundlage begehrende Auffassung geeignet ist. Oder welche unter den älteren Literaturen vor der griechischen hätte Werke von so unvergänglichem poetischen und religiösen Wert aufzuweisen, wie sie viele der Psalmen, der Propheten, das Buch Hiob, und manche andere darbieten? Ich möchte in dieser Beziehung sogar dem Neuen kaum einen besonderen Vorzug vor dem Alten Testament geben, das um so weniger, als dieses neben jenem gar nicht entbehrt werden kann. Daß sich ein solcher Religionsunterricht von selbst zugleich zu einem Moralunterricht gestaltet, versteht sich für die Anfänge des letzteren von selbst.

Chronik.

Polen.

Stuart Samuel bei Paderewski.

Vor seiner Abreise aus Polen wurde Sir *Stuart Samuel* von Paderewski zu Mittag geladen, bei welcher Gelegenheit alle aktuellen Fragen betreffs der jüdisch-polnischen Beziehungen besprochen wurden. Samuel wies Paderewski gegenüber auf die Folgen der Zwangs-Sonntagsruhe hin, wie auch auf die Gefährlichkeit des Gesetz-Projektes betreffs der Bürgerschaft. Er verwies auch auf die Notwendigkeit, endlich die Bestimmungen des Friedensvertrages über den Schutz der nationalen Minoritäten durchzuführen und ließ die neuerlich auf den Bahnen stattgefundenen Ueberfälle auf die Juden nicht unerwähnt. (Bekanntlich wurden in den letzten Tagen wiederholt auf dem Koweler Bahnhof Juden von polnischen Soldaten überfallen und tödlich mißhandelt, wobei es nicht ohne Bartabschneiden und Plünderung der mitgeführten Reiseeffekten abging.) Paderewski gab Samuel verschiedene Aufklärungen und die Versicherung, daß die Regierung die übernommenen Pflichten erfüllen und die Juden im Geiste der Gerechtigkeit behandeln werde.

Günstige Wendung in der Frage der Sonntagsruhe.

Wie der „Kurjer Nowy“ und der Warschauer „Tog“ aus bestinformierter Quelle erfahren, beabsichtigen die maßgebenden Kreise, die Frage der Zwangs-Sonntagsruhe in bezug auf die jüd. Bevölkerung derzeit nicht definitiv zu entscheiden. Diese Kreise erkennen, daß die sofortige Durchführung der Sonntagsruhe in ihrem vollen Umfange den vollständigen Ruin des ökonomischen Lebens der Juden bedeuten würde, was natürlich nicht ohne starke ungünstige Rückwirkung auf die gesamte ökonomische Lage des Landes bleiben würde.

Konzessionszwang für den Handel in Polen.

Die juridische Subkommission des polnischen Landtages begann die Beratung eines neuen Gesetzesvorschlages der im Handel das Konzessionsprinzip einführen will. Vornehmlich soll der Handel mit Nahrungsmitteln, Rohprodukten und unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen an eine Konzession seitens der oberen Verwaltungsbehörden gebunden sein. Die Behörde soll diese Handelskonzessionen nur für begrenzte Dauer erteilen und die Macht haben, sie jederzeit ohne

Angabe von Gründen zu widerrufen. Es soll auch vorgesehen werden, daß der Handelsminister im Verein mit dem Ernährungsminister das Recht eingeräumt erhält, diesen Konzessionszwang auf andere Handelszweige auszudehnen. — Wenn dieser Vorschlag Gesetz werden sollte, wäre es den Behörden möglich, den ganzen jüd. Handel, besonders den mit Nahrungsmitteln, Rohprodukten und notwendigen Gebrauchsartikeln zu unterdrücken. Der Abg. *Hartglas* hat in der Beratung auf die ruinöse Bedeutung des Gesetzes für die Juden hingewiesen und auch seine Schädlichkeit für die Gesamtheit dargelegt. Seine Abänderungsvorschläge werden in den nächsten Sitzungen der Subkommission zur Beratung kommen.

Warenrequisitionen bei jüd. Händlern in Polen.

Dem „Zentralen Händlerverein“ wird aus einer ganzen Reihe polnischer Städte gemeldet, daß die Polizei in der Provinz eine Reihe von Durchsuchungen in jüd. Geschäften unternommen habe, wobei verschiedene Waren, vor allem Anzüge, Schuhe, Wäsche usw., die für militärischen Gebrauch bestimmt sind, konfisziert wurden. Dabei werden keinerlei Quittungen für die konfiszierten Waren gegeben.

Der „Zentrale Händlerverein“ hat sich in dieser Angelegenheit an die jüdischen Sejm-Deputierten gewandt. Außerdem soll in der gleichen Angelegenheit eine Delegation jüd. Delegierter beim Minister des Innern vorstellig werden. (K. f. d. O.)

Die entlassenen Eisenbahner bei Stuart Samuel.

Eine Delegation der ehemaligen jüd. Eisenbahner überreichte Stuart Samuel ein Memorandum über ihre entsetzliche Lage. Samuel erklärte, daß die Regierungskreise ihm mitgeteilt hätten, man würde die jüd. Eisenbahner wieder anstellen und er sei sehr verwundert, daß die Regierung bisher ihr Versprechen nicht eingelöst habe.

Spaltung unter den Orthodoxen.

Laut „Kurjer Nowy“ und anderen Warschauer Zeitungen hat die Vernachlässigung der Frage der Sonntagsruhe seitens der in der „Szłome Emune Jisroel“ organisierten Orthodoxie, bei vielen Orthodoxen starkes Befremden erregt. Unter Beteiligung der bekannten orthodoxen Führer L. *Davidsohn* und Luser *Prives* u. A. fand eine Beratung mit verschiedenen Rabbinern statt, wobei nach einem Referate von N. L. *Weingott* beschlossen wurde, eine neue orthodoxe Partei „Achdus Jisroel“ zu gründen. Die neue Partei beabsichtigt in allernächster Zeit eine Tageszeitung herauszugeben.

Jüdische Arbeiter für den Wiederaufbau Frankreichs.

Im Lemberger „Tagblatt“ vom 6. Dez. stellt der bekannte Zionistenführer und Palästinakenner, Dr. *Alexander Hausmann*, folgenden Vorschlag zur Diskussion: Mit Rücksicht darauf, daß unser für Palästina bestimmtes Menschenmaterial sich an andauernde schwere physische Arbeit erst gewöhnen müsse, und in Anbetracht des Umstandes, daß die Reisekosten nach Palästina derzeit Zehntausende von Mk. resp. Kronen pro Person betragen, sodaß sie weder von den betr. Arbeitern noch von den humanitären Institutionen aufgebracht werden

können, wäre es angezeigt, mit der polnischen und französischen Regierung in Verhandlung zu treten, damit in die von Polen zum Wiederaufbau nach Frankreich zu entsendenden Arbeitertransporte auch zahlreiche Juden aufgenommen werden. Bei dieser Gelegenheit würden die Juden nicht nur auf fremde Kosten reisen, sondern auch, was sonst nicht der Fall ist, schon während ihrer Vorbereitungszeit vollen Unterhalt finden. Man könnte dann mit der französischen Regierung ein Abkommen treffen, daß die Juden nach Beendigung der Arbeiten in Frankreich, nicht zurück nach Polen, sondern nach Palästina verbracht werden. Auf jeden Fall dürften die Juden Palästina von Nordfrankreich aus nicht nur auf kürzerem Wege erreichen, sondern auch imstande sein, die nötigen Ersparnisse zu machen, um die weit geringeren Reisespesen nach Palästina ev. aus eigenen Mitteln zu decken.

— Das Kultus- u. Unterrichtsministerium hat der Misrachiororganisation in Polen die Konzession zur Gründung eines Rabbinerseminars „Tachkemoni“ erteilt.

Litauen.

Ueberfälle auf Juden in Wilna.

Nach London gelangen erst jetzt Berichte, daß Hallersche Soldaten Ende Oktober in Wilna neuerlich Ueberfälle auf Juden veranstaltet haben, wobei es auch zu grösseren Plünderungen gekommen ist. Die „Jewish Times“ zählt eine Reihe der Verletzten mit Namen auf und gibt auch Namen und Ort der beraubten Geschäfte an. Obwohl es der polnischen Presse von der Zensur scheinbar verboten war, genauere Berichte über diese Vorfälle zu bringen, konnte man doch den jüdischen Zeitungen aus Warschau und Wilna von Anfang November entnehmen, daß es in Wilna neuerlich zu traurigen Zwischenfällen gekommen sei, gegen die die Behörden scharfe Massregeln ergreifen mußten.

— Aus Kowno wird der „Jüd. Presszentrale Zürich“ telegraphiert: Am ersten Januar findet in Kowno eine zion. Konferenz statt. Die Konferenz aller jüd. Gemeinden wurde für den 4. Januar festgesetzt.

— Die Filiale des „Tarbut“ in Kowno hat eine aus 6 Abteilungen bestehende Volksschule in Kowno errichtet, deren Vortragssprache hebräisch ist.

— Dr. Nathan Birnbaum, derzeit in Berlin, schreibt uns:

„In No. 68 Ihrer gesch. Korrespondenz wird berichtet, daß ich in einer Rede, die ich in Kowno hielt, gesagt habe: „Ich werde Litauen nicht verlassen, bis ich Alle wieder fromm gemacht und dem litauischen Judentum seinen ehemaligen guten Namen wiedergegeben habe.“

Es tut mir leid, daß Ihre Korrespondenz, gleich mir selbst, das Opfer eines gewissenlos verlogenen oder heillos idiotischen Berichterstatters geworden ist. Ich bitte Sie richtig zu stellen, daß es mir nie eingefallen ist, einen Blödsinn, wie ihn die oben angeführten Worte darstellen, auszusprechen. Ich habe nur gesagt, daß ich Litauen nicht früher zu verlassen gedanke, bis es mir gelungen ist, die gesetzestreuenden Juden, die in Litauen allerdings die ungeheure Mehrheit der jüd. Bevölkerung bilden, zur Organisation und Aktivität zu bringen.“

Wir geben erwähnter Berichtigung gerne Raum, müssen jedoch betonen, daß es sich bei dieser Meldung

nicht um eine Korrespondenz unseres Berichterstatters handelte. Wir entnehmen erwähnten Passus der jüd. Tagespresse von Kowno, Wilna und Warschau, die in ihren ausführlichen Berichten über die Vorträge von Dr. Birnbaum nicht nur ausnahmslos den von Dr. Birnbaum jetzt richtiggestellten Ausspruch wiedergab, sondern auch zum Teil den Ausspruch in besonderen Artikeln kommentierte. Umsomehr freut es uns, durch die Veröffentlichung des Briefes Dr. Birnbauers weiterer Legendenbildung vorbeugen zu können.

— Der Rechtskonsulent der Wilnaer jüd. Gemeinde wies auf den Text der den Juden bei Gericht vorgelegten Eidesformel hin, der keineswegs der Ehre des jüd. Volkes entspreche. Das Präsidium der jüd. Gemeinde bevollmächtigte Rabb. Rubinstein, einen entsprechenden Wortlaut der Eidesformel zu entwerfen.

Ukraine.

Pogrom in Nowo-Poltawka.

In einem in London eingetroffenen Schreiben wird der Pogrom in der jüd. Kolonie Nowo-Poltawka im Gouv. Cherson geschildert. Ende Oktober forderten 60 Kosaken, die plötzlich in die Kolonie eingedrungen waren, alle jungen Leute auf, sich zu versammeln. Da die Kolonisten in der letzten Zeit schon häufig von ähnlichen Banden drangsaliert worden waren, versuchten sie, sich mit Geld loszukaufen, jedoch vergebens. Die Kosaken veranstalteten einen Pogrom, wobei sie vor allem viele Frauen vergewaltigten. Die jüd. Jugend dieser Kolonie organisierte einen Selbstschutz, nahm den Kampf mit den Kosaken auf und vertrieb sie. Einige Tage darauf kehrten mehrere Hundert Kosaken mit Maschinengewehren wieder und veranstalteten eine furchtbare Mezelei. Sie führten einen Panzerzug aus Nowo-Bug mit sich, der die Kolonie beschoss. In dem mehrere Tage dauernden Kampf wurden über 100 Kolonisten getötet und die ganze Kolonie wurde zerstört. 182 Kinder sind durch diesen Pogrom elternlos geworden.

Proskurow. Der ukrainische Pressedienst meldet: Das Direktorium der ukrainischen Volksrepublik hat dem vom Ministerrate beschlossenen Gesetz, kraft dessen dem Minister für jüdische Angelegenheiten 20 Millionen Hrywny zum Zwecke der Linderung der Not unter der von Pogromen heimgesuchten jüdischen armen Bevölkerung überwiesen werden, seine Genehmigung erteilt. Mit der Durchführung dieser Hilfeleistung wurde im Departement des Ministeriums für jüdische Angelegenheiten eine Spezialkommission betraut. Derselben gehören als Vertreter des jüdischen Ministers H. Breitmann und als Referent Bezirksrichter Gottesmann an.

Rumänien.

Der A. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich“, berichtet: Die Wahlen zur Konstituante vollzogen sich bei allgemeiner Indolenz. In Czernowitz wie auch überall, wurden die Regierungskandidaten infolge Wahlenthaltung der nationalen Minderheiten und Sozialisten gewählt. Bezeichnend für den Ernst, mit dem man den Wahlen begegnete, ist, daß in Czernowitz ein ganz unbekanntes Individuum, Z. Voronkas, von seinen Spielfreunden kandidiert wurde und sicher gewählt worden wäre, wenn nicht plötzlich während der Stimmzählung „Kurzschluss“ eingetreten wäre. Diesem „Oppositionellen“ fehlten

dann ca. 30 Stimmen. In den Senat zog *Jakob Hecht* ein, der gegen den Willen der Juden sich für das Mandat „werben ließ.“ Seine Motive werden in Czerowitz im Zusammenhang mit den Geschäften dieses sonderbaren Industriellen diskutiert. Die Rumänen wollten unbedingt glauben machen, daß auch die Juden in dieser seltsamsten aller Konstituanten vertreten seien. Die Öffentlichkeit weiß aber, was sie von der ganzen Mache zu halten hat. Daß die rum. Telegrammbüros Interesse hatten, von der Wahl eines Jüdisch-Nationalen zu berichten, ist leicht erklärlich, weniger, wie so viele jüd. Zeitungen darauf hereinfallen konnten, nachdem doch bekannt war, daß die Juden Wahlenthaltung proklamiert hatten.

— Der Vertreter des Aussenministers *Cecil Harmsworth* erklärte im engl. Unterhause, daß die von der rumänischen Regierung eingenommene Haltung Veranlassung gegeben habe, den Waren- und Nahrungsmittel-Transport nach Rumänien einzustellen.

Transsylvanien.

Ein verlässlicher Gewährsmann, der soeben aus Transsylvanien kommt, berichtet der „Jüd. Preßzentrale Zürich“:

Allmählich schließt sich die gesamte Judenschaft dem jüd. Nationalverbande an. Die früheren Assimilanten, welche auch nach dem Zusammenbruche Ungarns, der nationalen Konsolidierung der Juden heftigen Widerstand entgegensetzten, haben nunmehr aus der gesamten Situation die einzig richtige Konsequenz gezogen und sich dem Nationalverbande angeschlossen. Auch die Orthodoxie, welche hinter den Rabbinern von Des, Großwardein, Bethlen, u. s. w. steht, wird allmählich aus ihrer Indolenz aufgerüttelt. Der zion. Gedanke hat eine ungeahnte Verbreitung gefunden. Die Zahl der Schekelzahler ist von 500 vor dem Kriege auf 50 000 im letzten Jahre gestiegen. In den Nationalfond fließen wöchentlich 10—12 000 Kronen ein. Leider ist die nationale und zion. Organisationsarbeit durch die politische und wirtschaftliche Situation äusserst behindert.

Die Ausweisungen der aus den Dörfern in die Städte vertriebenen Juden sowie aller derer, die ihren Wohnort gewechselt haben, werden mit unerhörter Strenge vollzogen, auch wenn sie bisher ungarische Staatsbürger waren. Wenn dem Befehle binnen 5 Tagen nicht Folge geleistet wird, werden die Leute in die Waggons verladen und, wenn sie früher nicht im besetzten Gebiete gewohnt haben, über die Grenze geschafft. Unser Gewährsmann traf in Budapest solche Ausgewiesene, die Wochenlang in Waggons leben mußten.

Die Agrarreform mit ihren Enteignungsbestimmungen hat besonders viele jüd. Grundbesitzer und Pächter ins Elend gestürzt. Gewerbekonzessionen werden an Juden nicht erteilt. Geschäftsläden der jüd. Kaufleute werden enteignet und rumänischen Kaufleuten übergeben. Die Vertriebenen können in die Dörfer nicht zurückkehren, weil ihre ganze Habe vernichtet ist und die Bauern sich gegen ihre Rückkehr wehren. Entschädigungen werden nicht gewährt. Man hört auch nichts davon, daß strafgerichtliche Untersuchungen gegen die Plünderer eingeleitet worden wären. Die Korruption blüht. Für große Summen sind auch Aufenthaltsbewilligungen zu erlangen. Die Armen natürlich müssen wandern. Ein weitverbreitetes Spitzelwesen bedroht jedermann mit Denunziation. Das System der

zaristischen Ochrana ist bei weitem in den Schatten gestellt.

Das Lokal des jüd. Nationalverbandes wurde requiriert. Die Forderung der Judeu nach einer nationalen Schule wurde abgelehnt. Jetzt versucht man die Bewilligung zur Errichtung von sog. Religions-schulen zu erlangen, wie sie die Kultusgemeinden der Ungarn auch besitzen. Eine Enquete in Sachen des jüd. Schulwesens erhielt nicht die behördliche Bewilligung. Die Verkehrsfreiheit war früher weniger beschränkt. Seit dem Zeitpunkt der Wahlen ist allgemeiner Passierscheinzwang eingeführt. Wer Rumänien kennt, weiss, welche Korruption das erzeugt.

Bei den Wahlen zur sog. Konstituante haben sich die Juden der Wahl enthalten. Nur in der Provinz wurden einige Juden von den Präfekten gezwungen, sich an der Wahl zu beteiligen. Außer einigen Ungarn und Sachsen in den rein nicht-rumänischen Bezirken, wurden alle offiziellen Kandidaten natürlich gewählt. In Chij (Kolozsvár) wurde schon eine halbe Stunde nach Beginn der Wahlhandlung mangels jeder Beihiligung und mangels von Gegenkandidaten erklärt, daß die offiziellen Kandidaten gewählt seien. Und der Welt wird man einreden wollen, daß hinter der Konstituante das Volk steht.

Die Universität wurde sofort romanisiert. Die Studenten, welche das Ausland zwecks Fortsetzung ihrer Studien aufsuchen müssen, verlieren das Staatsbürgerrecht. Ein große Zahl von Beamten wurde entlassen. Die Advokaten werden verhalten, einen Treueid abzulegen. Da die meisten sich weigerten, dies vor der Entscheidung durch die Friedenskonferenz zu tun, wurden sie zur Ausübung ihres Berufes nicht zugelassen. Trotzdem ca. 30% der Bewohner Nicht-rumänen sind, geht das Bestreben der Herrschenden auf dasselbe Ziel, das früher Ungarn erstrebte: mit allen Mitteln, einen Nationalstaat einzurichten und jede nationale Regung der Minoritäten mit Gewalt zu ersticken. Alle einsichtigen Elemente sind überzeugt, daß dies System zum Abgrund führt.

Tschecho-slovakischer Staat.

Der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ wird aus Pressburg telegraphiert: Der Volksverband der Juden in der Slowakei beschloss auf seiner Sitzung vom 7. Dez. bei den Wahlen geschlossen als jüdische Partei aufzutreten.

— Die Pressburger „Jüdische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Generals *Hennoque* aus Uzhorod (Ungvár), wonach die Juden gezwungen werden, die Lebensmittelgeschäfte, sowie Geschäftsläden, die die wichtigsten Waren des allgemeinen Bedarfes feilbieten, an Samstagen wie auch jüd. Feiertagen, mindestens 3 Stunden hindurch offen zu halten.

Ungarn.

Budapest. 9. Dez. Hier kam es im Anschluß an antisemitische Demonstrationen zu schweren Ausschreitungen, bei denen die Räume der Redaktion des „Az Est“ und eines anderen ungarischen Blattes gänzlich zerstört wurden. Ministerpräsident *Huszar* hat sich bedauernd über die Vorfälle ausgesprochen und sie mißbilligt.

Budapest. 10. Dez. Die Forderung der Sozialisten, daß die antisemitischen Exzesse aufs strengste geahn-

det werden und daß die Internierung der des Bolschewismus Verdächtigen eingestellt werde, droht, zu einer partiellen Ministerkrise zu führen.

Budapest. 1. Dezember. In Kecskemet hat gestern eine Wählerversammlung der Vereinigten Landwirte und Bauernpartei stattgefunden, in der Ackerbauminister *Rubinek* als Abgeordneten kandidat eine Programmrede hielt. Er sagte u. a.: Die Judenfrage muß institutiv geregelt werden. Die Regierung ist entschlossen, den *numerus clausus* einzuführen, damit der christlichen Jugend die Judenschaft nicht sämtliche Berufe wegnehme.

Budapest. Die hiesige Israelitische Religionsgemeinde hat den Beschluß gefaßt, ihre beiden Bürgerschulen für Knaben und Mädchen in Gymnasien umzuwandeln. Die Vorarbeiten für diese Umwandlung sind bereits so weit gediehen, daß mit Beginn dieses Schuljahres an den beiden jüd. Gymnasien die unterste Klasse eröffnet werden konnte.

Serbien.

Am 20. Oktober wurde in *Belgrad* in Gegenwart der offiziellen Vertreter des Ministeriums für Kultus und Unterricht das Heim des neuen jüd. nationalen Vereins feierlich eröffnet.

Jugoslawien.

Am 26. Okt. fand in *Agram* die Eröffnung einer jüd. Mensa statt. Bereits am ersten Tage machten 47 Personen und am zweiten Tage 65 von dieser wohlthätigen Einrichtung Gebrauch.

Oesterreich.

Der A. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet:

Die wahrhaft erschreckenden Verhältnisse, die Hungersnot, der Mangel an Beheizung und Beleuchtung, werden von den antisemitischen Gruppen zu einer vehementen Hetze gegen die Juden ausgenützt. Ueberall findet man antisemitische Propaganda, in der sich auch die studierende Jugend hervortut. Die Wiener Universität mit ihrer berühmten Fremdenpolitik wird bald ihren Beruf als große Lehrstätte eingebüßt haben. Sogar auf der Rückseite des Papierkleingeldes findet man verhetzende Aufschriften. — Die Gesuche der ausgewiesenen Flüchtlinge um Aufenthaltsbewilligung wurden zum großen Teile abgewiesen. Es wird keine Rücksicht darauf genommen, daß den meisten von ihnen jede Möglichkeit zur Rückkehr fehlt.

Die Assimilanten aller Couleurs, besonders unter Führung der „Union“ haben sich anlässlich der bevorstehenden Kultusratwahlen zur Partei der „Nicht-Jüdisch-Nationalen“ vereinigt. Trotz des äusserst beschränkten Wahlrechtes hoffen die Jüdisch-Nationalen infolge Einführung des Proporz auf einen Wahlsieg. Die Wahlen dürften im Februar stattfinden und werden die Entscheidung darüber bringen, wer die 250 000 Juden zu führen berufen ist.

Frankreich.

Aus Paris wird der „J. P. Z.“ gedrahtet: *Stuart Samuel* ist in Paris eingetroffen.

— Die „Humanité“ vom 6. Dez. bringt unter der Überschrift „Die Pogrome in Polen“ den Bericht eines Augenzeugen, der kürzlich aus Polen zurückgekehrt

ist, und bemerkt dazu redaktionell: Es ist von Wichtigkeit, neuerlich auf den Skandal des Antisemitismus in Polen zurückzukommen. Der Antisemitismus nimmt nicht ab; die Exzesse dauern an, wie aus dem Dokument hervorgeht, das uns erwähnter Augenzeuge überbracht hat.

England.

Cambridge. In letzter Zeit hat unter der studierenden Jugend der hiesigen Universität das Interesse für die hebräische Sprache stark zugenommen und die Zahl der Hebräisch Lernenden ist im fortwährenden Steigen begriffen. Nicht nur bei der jüdischen, sondern auch bei der christlichen Studentenschaft, die einen Verkehr mit der palästinensischen jüd. Bevölkerung erwartet, bemerkt man grosse Lust zu hebräischer Konversation.

— Unter Vorsitz von *Aronsohn* wurde kürzlich in London die Gründung einer Manufakturgesellschaft für Palästina beschlossen. Das Gründungskapital beträgt 100 000 Pf., eingeteilt in 10 Pf. Aktien, wovon 6 000 Pf. schon bei der ersten Versammlung gezeichnet wurden.

— Die englischen Juden sammelten in letzter Zeit 50 000 Pfund, die zum Ankauf von Kleidern und Wäsche für die armen Juden in Polen und den von Polen okkupierten Ortschaften des Ostens, bestimmt sind. Die englische Regierung stellte dem jüd. Komitee den gleichen Betrag zu diesem Zweck zur Verfügung, so daß die disponible Summe auf 100 000 Pf. erhöht wurde. Für dieses Geld wurden in England 40 000 Paar Schuhe, ferner Hemden und andere Bekleidungsstücke gekauft. Der erste Transport der Sachen soll schon nach ungefähr 3 Wochen in Warschau eintreffen.

— Das englische Judentum hat durch den kürzlich erfolgten Tod von *Sir Lionel Abrahams* einen herben Verlust erlitten. Abrahams war s. Zt. einer der Hilfsminister für Indien und hat ein bedeutendes historisches Werk über die Vertreibung der Juden aus England im Jahre 1290 veröffentlicht. Abrahams nahm reges Interesse an jüd. Angelegenheiten und war ein Sympathiker der territorialistischen Bewegung.

— Am 28. Nov. 1919 vollendete *Jakob Moser* in Bradford sein 80. Lebensjahr. Moser war einer der treuesten Freunde Herzls und stand ihm seit Beginn der zion. Arbeit zur Seite. Das hebräische Gymnasium in Jaffa, dem vor allem sein Interesse gilt, verdankt ihm seinen schönen Bau.

Holland.

Die zion. Kommission für das Jugendwerk in den Niederlanden hat für den 21. Dez. einen Jugendtag nach Utrecht einberufen.

Türkei.

— Auf Veranlassung der Loge „Bne Brith“ in Konstantinopel haben sich am 22. Oktober die Vertreter mehrerer jüd. Organisationen vereinigt, um die Frage der dringenden Hilfe für die Opfer der Judenpogrome in Rußland zu besprechen.

Georgien.

Im Namen der israelitischen Bevölkerung der Stadt *Oni* hat der Groß-Rabbiner, Herr *Bassow*, der georgischen Regierung den Dank und die Erkenntlichkeit für den Bau einer israelitischen höheren Schule ausgesprochen.

(Georgisches Pressbureau.)

Algerien.

Eine authentische Geschichte.

Der Straßburger „Le Juif“ schreibt u. a. nach der Pariser „Victoire“. Am 16. Sept. wandte sich in Algerien der Ingenieur M. der landwirtschaftlichen Schule in Montpellier, der den ganzen Krieg als Artillerieoffizier mitgemacht hat, an die Kanzlei des Domänendepartements um Zuteilung von Kolonisationsland. Die Verwaltung wies sein Gesuch zurück, weil Herr M. Jude ist. Das ist keineswegs eine Traumgeschichte. Unter der dritten Republik hat eine öffentliche Administration die direkt dem Ministerium des Innern untersteht, sich geweigert, ein von einem franz. Ingenieur, Artillerieoffizier und Teilnehmer am großen Weltkrieg eingegangenes Gesuch zu registrieren, weil er Jude ist. Es ist dies durchaus keine groteske Phantasie des Herrn „Lebureau“, der nur gemäß einer Verordnung des Gouverneurs von Algerien vom 13. Sept. 1904 gehandelt hat, die zur Kolonisierung nur Franzosen europäischer Abstammung und naturalisierte Europäer annimmt. Es ist zu hoffen, daß ein patriotischer Minister des Innern, Afrika von dem Schandfleck der Verordnung von 1904 befreien wird.

— Die Liga für Menschen- und Bürgerrechte hat beim franz. Ministerium des Innern Schritte unternommen, um die antisemitische Administration, die in Algerien herrscht, zu beseitigen und volle bürgerliche Gleichberechtigung für die Juden erwirken.

China.

Die Kadimah Gesellschaft von Shanghai.

Die jüd. Gemeinde von Shanghai besteht aus einigen hundert Familien, die in zwei Gruppen geteilt sind, eine arabisch-sephardische und eine russisch-askhenasische. Die erstere ist wohlhabend und besitzt einen mit Luxus ausgestatteten Klub. In letzter Zeit ist ein Versuch gemacht worden, diese beiden Gruppen für die zion. Sache zu vereinigen. Es ist eine Kadimah genannte Gesellschaft für palästinensische Zwecke gegründet worden. Diese Gesellschaft hat eine national-jüd. Schule eingerichtet und hebräische Kurse und Vorlesungen für Erwachsene organisiert. Sie ist im Begriff ein Büro zu eröffnen, um Auskunft über Europa, Amerika und Palästina betreffende Fragen zu erteilen.

Amerika.

Laut „American Israelite“ vom 20. Nov. hatte die orthodoxe jüdische Kongregation Amerikas eine Wiederaufbau-Versammlung für den 29.—2. Dez. in New York einberufen, zu der mindestens 500 Delegierte erwartet wurden. Das Programm sieht eine gründliche Organisation der orthodoxen Kräfte und die Entwicklung der Orthodoxie zu einem starken Faktor des jüdischen Lebens in Amerika vor.

— Der bekannte amerikanische Zionist, Professor *Richard Gottheil*, wurde von der französischen Regierung in Anerkennung der Verdienste, die er sich während des Krieges um die Sache der Entente erworben hatte, zum Offizier der Ehrenlegion ernannt.

(L. J. K. B.)

Kanada.

Der kanadische jüd. Kongreß hat an die kanadische Regierung ein ausführliches Memorandum gerichtet, in dem die Pogrome in Polen, Rumänien und der Ukraine beschrieben werden und an die Regierung

das Ersuchen gerichtet wird, die Entsendung einer dreigliedrigen jüd. Kommission zu autorisieren. Die Kommission soll die Situation in den genannten Ländern untersuchen, die Pogromopfer unterstützen und ihre Familien nach Kanada bringen. Die Regierung wurde ersucht, Einreiseerlaubnisse und genügend Schiffe zur Verfügung zu stellen, um die Reise von Verwandten kanadischer Juden aus Osteuropa nach Kanada zu ermöglichen. Die kanadische Judenheit verpflichtet sich, alle der Regierung erwachsenden Unkosten zu tragen.

(L. J. Pr. B.)

— Die jüdischen Schneider Kanadas haben beschlossen, das Einkommen von fünf Arbeitsstunden zugunsten der unter den Pogromen leidenden Brüder der Ukraine und anderer Länder zu spenden. Die jüd. Schneider von Montreal waren die ersten, die diesen Beschluss gefasst hatten und die an dessen Ausführung mit großer Hingebung gingen. Interessant ist, dass auch die italienischen nichtjüdischen Schneider beschlossen haben, den Lohn dieser 5 Arbeitsstunden zusammen mit den jüdischen Kollegen den Pogromopfern zu widmen.

Syrien.

Die englischen wie auch die französischen Soldaten haben Damaskus verlassen. Es kursieren in der Stadt Gerüchte, daß gegen die Zionisten stark agitiert werde und daß eine schwarze Liste angesehener Zionisten aufgestellt worden sei. Mehrere Lehrer und Kindergärtnerinnen, die dem Waad Hachinuch angehören, haben Damaskus aus Furcht vor Ausschreitungen verlassen. Die Position der Alliance ist dadurch verstärkt worden. Die Befürchtungen vor Zionisten-Verfolgungen sind ganz unbegründet, denn, wie verlautet, hat Emir *Feysul* ein Schreiben an die syrischen Führer gerichtet, in dem er sie auffordert, mit den Juden in gutem Einvernehmen zu leben. Jedoch ist die Lage in Damaskus tatsächlich gespannt. Es finden täglich Demonstrationen statt. Um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, hat sich ein Nationalverband, der aus Muselmanen, Christen und Juden besteht, gebildet. Trotzdem haben einige ausländische Familien, jüd. wie auch nichtjüdische, auf Anraten ihrer Konsuln Damaskus verlassen und sich nach Haifa begeben.

Palästina.

Der palästinensische Korrespondenz der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ teilt mit: General Watson ist von seinem Posten als Gouverneur von Palästina zurückgetreten. An seine Stelle ist Sir *Henry Bols*, der bisher Generalstabschef Lord Allenbys war, zum Gouverneur ernannt worden. Er ist am 24. Nov. in Jerusalem eingetroffen. Beim Empfang im Hauptbureau der engl. Verwaltung waren im Namen der Jerusalemer jüdischen Gemeinde Rabb. *Eliaschar*, *Yellin*, *Mejuches* und Dr. *Eder* und Frau anwesend, im Namen des Waad Hazirim Herr und Frau *Siw*.

— In Palästina sind Vorbereitungen im Gange, eine neue jüd. Legion zu gründen, welche die jüd. Regimenter ersetzen soll, die demobilisiert werden. *Jabotinsky* und Kapitän *Trumpeldor* sind die Leiter dieser Aktion. Eine Arbeiterlegion wird gleichzeitig von den Chaluzim gebildet, die aus Rußland eingewandert sind.

(L. J. K. B.)

— Die britische Militärverwaltung hat der jüd. Kolonie Givath Saul den Betrag von 1400 Lst. als Kriegsentschädigung ausbezahlt.

— Das jüd. Arbeitsbureau in Jerusalem hat im Monate Cheschwan 190 Arbeitern Arbeitsmöglichkeit verschafft. Das Bureau beschränkt sich nicht nur auf Arbeitsvermittlung, sondern gründet auch Unternehmen, um sie einzelnen Arbeitergruppen zu übergeben. So fanden im Monate Cheschwan 40 jüdische Steinmetze in einem Unternehmen dieses Arbeitsbureaus Beschäftigung, wo sie pro Tag 30 bis 40 ägyptische Groschen verdienen.

— Laut „Hadshoth Haaretz“ läßt die Regierung jetzt einen neuen Stadtgarten im alten Jerusalem auf dem Berge Zion unweit vom „Schaar Zion“ anlegen. An den Arbeiten der Anlage, die einen Monat in Anspruch nehmen werden, sind unter Aufsicht eines Nichtjuden, 16 jüd. Arbeiter beschäftigt, deren Taglohn 4 Schilling beträgt.

— In Jerusalem wurde Ende Oktober unter dem Namen „Zentral-Hotel“ ein großes jüd. Hotel eröffnet. Das neue Hotel gehört zu den größten Gebäuden der Stadt. Es umfaßt 55 Zimmer, sowie zahlreiche Empfangsräume. Man hofft, daß das Hotel imstande sein wird, etwa 120 Besucher aufzunehmen.

— Wie der „Doar Hayom“ vom 30. Nov. meldet, ist kürzlich in Palästina der erste Transport Bauholz, der hauptsächlich für Jaffa bestimmt ist, aus der Schweiz eingetroffen.

— In der letzten Zeit kehren viele Araber, fast immer truppweise und mit grösseren Summen versehen, aus den Vereinigten Staaten nach Palästina zurück und erwerben dort hauptsächlich Boden und Häuser. Eine solche Gruppe hat aus den Vereinigten Staaten 150 Tausend Paar Schuhe mitgebracht und in Jaffa einen Laden gemietet, um dort die Schuhe abzusetzen.

— Arabische Scheichs überbrachten unlängst im Namen mehrerer arabischer Dörfer Dr. Krinsky, Oberarzt der „Hadassah“ Ehrengeschenke mit der Inschrift: „Heil Dir, der Du Blinde sehend machst.“

— Die in Jerusalem erscheinende, den Arabern in Damaskus nahestehende Zeitung „Suria-el-g'anubia“, die von der britischen Militärverwaltung wegen ihres aggressiven Tones wiederholt Verwarnungen erhalten hat, ist vor kurzem von der Regierung verboten worden.

Schweiz.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ hat sich in jüdischen Fragen nach Paris zur Friedenskonferenz begeben.

— Die Misrachi-Landesorganisation in der Schweiz hat auf den 25. Dez. einen ausserordentlichen Delegiertentag nach Zürich einberufen, um Stellung zu den wichtigen Konferenzen, die im Januar in der Schweiz stattfinden, zu nehmen und auch die entsprechenden Wahlen zu diesen Konferenzen durchzuführen.

Die Schächtfrage.

In der Sitzung der Schweiz. Nationalrates vom 8. Dez. begründete Walther (Kath. Luzern) folgende Interpellation: Der Unterzeichnete ersucht den Bundesrat um Auskunft darüber, gestützt auf welche Tatsachen er die von ihm am 23. März 1918 erteilte Schächtbewilligung auf den 1. Januar 1920 zurückgezogen hat, trotzdem jede Möglichkeit der Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland nach der Schweiz zurzeit und noch auf Monate hinaus völlig ausgeschlossen erscheint? Bundesrat Decoppet beantwortete die Interpellation und sicherte die Berücksichtigung der besondern Verhält-

nisse in der Fleischeinfuhr zu. Sollte eine Erhebung ergeben, daß tatsächlich jede Möglichkeit für die Einfuhr von geschlachtetem Fleisch fehlt, so würde wieder eine Schlächtbewilligung erteilt. Walther erklärte sich von der Antwort befriedigt.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Der Jüdische Verlag Berlin, hat in letzter Zeit eine rege Verlagstätigkeit entfaltet. In erster Linie hat er einige bemerkenswerte Publikationen über Palästina und die zion. Kolonisationspolitik gebracht. Der langjährige Vertreter der zion. Organisation in Palästina, Dr. Ruppin, hat die Summe seiner Erfahrungen und die Vorschläge, die er für den Wiederaufbau Palästinas machen will, in einem großzügig angelegten Buch „Der Wiederaufbau des Landes Israel“ (geb. Mk. 8.—) niedergelegt. — Das jüdische Palästina, wie es ist, zeigt nach dem neuesten Stand der Wissenschaft der bekannte Erforscher des jüdischen Siedlungswesens Dr. Nawratzki, in „Das neue jüdische Palästina“ (geb. Mk. 8.—). — Die wirtschaftlich geographischen Verhältnisse Palästinas zeigt, im Zusammenhang mit der syrischen Wirtschaft, das instruktive Buch des bekannten Geographen Hans Fischer: „Wirtschaftsgeographie von Syrien“ (brosch. Mk. 6.—). — Das Referat über Palästina, das Lichtheim am letzten Delegiertentag der Zion. Vereinigung für Deutschland hielt, ist in erweiterter Ausgabe unter dem Titel Lichtheim „Der Aufbau Palästinas“ (Mk. —.60) erschienen.

An allgemeinen zionistischen Publikationen ist zu nennen: Protokoll des 15. Delegiertentages der Zion. Vereinigung für Deutschland (brosch. Mk. 2.50) vom Ende Dez. 1918, dessen Referate und Debatten alle Strömungen widerspiegeln, die den heutigen Zionismus zusammensetzen. Von besonderem Wert war die Debatte über die Gestaltung der sozialen Verhältnisse in der künftigen Heimstätte. — In 3. Auflage ist der sehr populäre „Leitfaden des Zionismus“ von Dr. Bernstein, einem langjährigen Beamten der Organisation, erschienen. (brosch. Mk. 1.50). — Ein Buch von trauriger Aktualität sind die Berichte der Judenverfolgungen während der Kreuzzüge, die unter dem Titel „Edom“ zusammengefasst sind. Die von Nathan Birnbaum und Hugo Herrmann herausgegebene Auswahl ist eines der grandiosen Dokumente der leidensreichen Geschichte der Juden im Mittelalter. (geb. Mk. 5.—).

In kürzester Zeit werden erscheinen: „Die Judenstadt von Lublin“ von Majer Balaban mit Zeichnungen von K. R. Henker (geb. Mk. 12.—). Jakob Klatzkin veröffentlicht eine, auf gründlichen Studien beruhende, begrifflich und menschlich weitherzige Monographie über Hermann Cohen. (brosch. Mk. 6.—). Sch. Goreliks Beobachtungen während der Kriegszeit bringt sein amüsantes Buch „Fünf Jahre im Lande Neutrien“ (geb. Mk. 8.—), das bei aller Leichtigkeit der Formen doch ein solides Quellenmaterial für den künftigen Geschichtsschreiber sein wird, der nicht nur die offiziellen Akten, sondern auch die psychologischen Dokumente der Zeitgenossen zu nutzen verstehen wird. — Die menschlich anziehende, von einem Schüler, Freund und Mitkämpfer verfaßte Herzbiographie „Das Leben Theodor Herzls“ von Adolf Friedemann (brosch. Mk. 6.—, geb. Mk. 8.60) erscheint in zweiter, durchgesehener Auflage. — Gleichzeitig damit bringt der Jüdische Verlag eine neue Ausgabe von des Meisters zionistischen Schriften geb. Mk. 16.

Mit zwei Bänden des hoffnungsreichen Dichters Agnon betritt der Jüdische Verlag das hebräische Gebiet. Es erscheint zuerst: Agnon „Wehaja heakow lemischor“, das Original des so erfolgreichen deutschen Buches „Und der Krumme wird gerade“ mit reizvollen Illustrationen von Joseph Budko. (Mk. 9.— geb.) Ferner „Giwath hachol“ (Mk. 4), eine moderne Geschichte aus dem neuen Palästina.

— Im Löwit-Verlag Wien, erschienen kürzlich „Probleme des Judentums“ von Rafael Seligmann. Ein gedankentiefes Buch, das nicht an Oberflächlichkeit haftet, sondern mit aller Schärfe des philosophischen Geistes den Dingen auf den Grund sieht.

Letzte Nachrichten.

Der Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich“ telegraphiert aus Paris: General Coanda hat im Namen Rumäniens den Vertrag über den Schutz der Minoritäten unterzeichnet.

Laut „Journal“ wird Clemenceau in London Verhandlungen führen über die Orientfrage und ganz besonders über die Frage Syriens und Palästinas, die er erst kürzlich mit Emir Feysul besprochen hat.